

Newsletter Nummer 4/2015: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport tagt am 16. Juni

Mit der Kreiskulturwoche 2016, der Förderung der außerschulischen Jugendbildung sowie der Erweiterung der Comeniusschule Schwetzingen befasste sich der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport des Kreistages des Rhein-Neckar-Kreises am 16. Juni 2015.

Auf der Tagesordnung der Sitzung standen außerdem der Zustandsbericht zur Barrierefreiheit der Schulgebäude in der Trägerschaft des Rhein-Neckar-Kreises und Bauerhaltungsmaßnahmen im Bereich der Schulgebäude des Kreises.

27. Kreiskulturwoche 2016

Das Programm der Kreiskulturwoche wird sich in 2016 in folgende Schwerpunkte gliedern:

- Bildende Kunst
- Musikalische Veranstaltungen
- Literarische Veranstaltungen
- Begegnungen mit den europäischen Partnerregionen
- Kooperation mit der Kulturstiftung Rhein-Neckar-Kreis e.V.

Im Jahr 2016 wird im Rahmen der 27. Kreiskulturwoche ein Schwerpunkt „Bildende Kunst“ sein.

Auch sieht sich die Kreiskulturwoche insbesondere der Nachwuchsförderung verpflichtet. Ein weiterer Grundsatz ist „Qualität vor Quantität“. Damit soll weiterhin das hohe Niveau der Veranstaltungen gesichert werden.

Bildende Kunst

Die Programminhalte in diesem Bereich reichen von Kunstausstellungen mit entsprechenden Künstlern über Rundreisen zu den Ausstellungsorten, bei denen

man an einem Tag alle Künstler und ihre Werke besichtigen kann, weiter zur Möglichkeit von Atelierbesuchen und natürlich der Auflage eines Katalogs, in dem die Werke der beteiligten Künstler und die Künstler selbst vorgestellt werden.

Angedacht ist die Realisierung eines „Skulpturengartens Dilsberg“ im Rahmen des Programmpunkts „Kunst am Grünen Hang“ Daneben gibt es auch weitere Ausstellungen im Kreisarchiv Ladenburg und in der GRN-Klinik Weinheim.

Musikalische Veranstaltungen

Die Ausrichtung dieser Veranstaltungen gilt in erster Linie der Nachwuchsförderung. Junge, begabte Musiker der Region erhalten die Chance, in der „Jungen Philharmonie Rhein-Neckar“ und der „Jazz Big Band Rhein-Neckar“ musikalische Erfahrungen auf hohem Niveau zu sammeln.

Die bisher jährlich stattfindenden Konzertveranstaltungen „Schlossparkserenade Angelbachtal“, „Adventskonzert der Jungen Philharmonie“ und „Jahresabschlusskonzert der Jazz Big Band“ werden beibehalten.



Die Kooperation mit der Pop-Akademie Baden-Württemberg wird fortgesetzt.

Literarische Veranstaltungen

Hier sind Lesungen u.a. mit den Literatur-Stipendiaten der Kulturstiftung Rhein-Neckar e.V. sowie eine Vortragsreihe zu historischen Themen im Kreisarchiv Ladenburg vorgesehen.

Begegnungen mit den europäischen Partnerregionen

Hier reichen die Inhalte von Sport- und Kulturstipendien über Kooperationen im Bereich des kulturellen Sektors bis zum Austausch im Bereich Jugendsport. Die Kooperationen erfolgen vor allem mit Schweden, Italien und Frankreich. Aber auch der Knabenchor Dubna aus Russland ist schon seit Jahren mit seiner Konzertreise durch den Rhein-Neckar-Kreis fester Bestandteil dieses Programmpunktes.

Kooperation mit der Kulturstiftung Rhein-Neckar-Kreis e.V.

Das Programm ist sehr vielfältig und reicht von Klaviertagen über Kammermusiktage bis zu Liederabenden. Die Kooperation hat sich bewährt und fördert die kulturelle Reputation des Kreises.

Für die Fraktion der Freien Wähler dankte **Kreisrat Konrad Fleckenstein** der verantwortlichen Jury für die Zusammenstellung dieses nicht nur sehenswerten, sondern auch hörenswerten Programms.

Wie bereits in den Jahren zuvor setzt der Rhein-Neckar-Kreis damit auch wieder Highlights, was die kulturelle Vielfalt angeht.

Förderung der außerschulischen Jugendbildung: Kreiszuschüsse an die Jugendmusikschulen des Kreises

An die Jugendmusikschulen des Kreises wurden Kreiszuschüsse in Höhe von 199.400.-€ bewilligt werden.

Konrad Fleckenstein erteilte für die Fraktion der Freien Wähler die grundsätzliche Zustimmung hierzu und dankte den Verantwortlichen für die übersichtliche und genaue Aufstellung der Personalkosten.

Erweiterung der Comeniuschule Schwetzingen: Genehmigung der Entwurfsplanung

Der Ausschuss hatte bereits in seiner Sitzung im Februar 2014 der Aufnahme der Planung zur Erweiterung der Comeniuschule mit einer Programmfläche von 407 m² zugestimmt.



Die nun vorliegende Entwurfsplanung wird mit Gesamtkosten von 3.033.900 € angegeben.

Aufgrund begrenzter Grundstückskapazitäten ist ein zweigeschossiger Neubau vorgesehen, bei dem die Vorgaben des Klimaschutzkonzeptes des Rhein-Neckar-Kreises beachtet werden.

Die Wärmeversorgung erfolgt, wie bisher, über einen Fernwärmeanschluss.

Der Eigenfinanzierungsanteil des Kreises wird, nach Abzug des Landeszuschusses, bei ca. 2.633.900 € liegen.

Die Notwendigkeit einer Erweiterung ist unstrittig. **Konrad Fleckenstein** stimmte für die Freien Wähler der Entwurfsplanung zu und verband damit den Wunsch, dass die Zeit- und Kostenplanung auch eingehalten werden kann.

Bericht über den baulichen Zustand der Schulgebäude in der Trägerschaft des Kreises

Im Rahmen der strategischen Zielplanung wurde im Handlungsfeld Schulen u.a. die Erstellung eines Konzeptes zur dauerhaften Substanzerhaltung der Schulen des Kreises aufgenommen.

So werden nach dem Stand vom 31. Dezember 2014 innerhalb der nächsten fünf Jahre Kosten von rund 16 Mill. Euro fällig, um die Substanzerhaltung zu gewährleisten.

Damit ist aber auch sichergestellt, dass ein Investitionsstau vermieden wird.

Die Erstellung eines Konzeptes zur dauerhaften Substanzerhaltung der Schulen des Kreises deckt sich auch mit einer entsprechenden Forderung der Freien Wähler.

Konrad Fleckenstein dankte dem Eigenbetrieb Bau und Vermögen, hier Herrn Jürgen Obländer, für die übersichtliche und genaue Aufstellung der notwendigen Investitionen. Fleckenstein wies darauf hin, dass dieses Konzept immer wieder weiter geschrieben werden müsse, also nicht statisch sei und immer wieder auch neue Maßnahmen hinzukommen.



Barrierefreiheit der Schulen in der Trägerschaft des Kreises

Der Rhein-Neckar-Kreis ist Träger von dreizehn beruflichen Schulen und vier Sonderschulen. Die Schulen sind verteilt auf die Standorte Eberbach, Hockenheim, Ladenburg, Schwetzingen, Sinsheim und Wiesloch.

Bereits 2013 empfahl der Ausschuss, durch kontinuierliche Einzelmaßnahmen die Barrierefreiheit zu verwirklichen.

So sind heute die meisten der Schulen durch Realisierung von Aufzügen barrierefrei.

Konrad Fleckenstein erklärte für die Freien Wähler, dass sich das Konzept der Realisierung kontinuierlicher Einzelmaßnahmen bewährt hat und deshalb fortgesetzt werden soll.

Auch muss beachtet werden, inwieweit aufgrund notwendiger Maßnahmen zur Realisierung der Inklusion immer eine vollständige Barrierefreiheit vorhanden sein muss.

Ausschuss für Soziales

Mit der Betreuungssituation und der vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen im Rhein-Neckar-Kreis, dem Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht und Kennzahlen der Hilfe zur Pflege befasste sich der Ausschuss für Soziales des Kreistags am 23. Juni 2015.

Auf der Tagesordnung der Sitzung standen zudem Informationen zum Gemeindepsychiatrischen Verbund im Rhein-Neckar-Kreis, dem Projekt „Energiesparen in einkommensschwachen Haushalten“ sowie die Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets in den Jahren 2013 und 2014.

Überblick über die Flüchtlingsunterbringung

Die Ausschussmitglieder erhielten zunächst einen Überblick über die allgemeine Situation der Flüchtlingsunterbringung im Rhein-Neckar-Kreis.

Derzeit betreuen 16 Flüchtlingssozialarbeiter und -sozialarbeiterinnen rund 2.100 Flüchtlinge, die an insgesamt 26 Standorten im Landkreis zentral in Gemeinschaftsunterkünften und dezentral in Wohnungen untergebracht sind.

Landrat Stefan Dallinger erläutert dem Ausschuss unter anderem die konkreten Ziele und Aufgaben der Flüchtlingssozialarbeit, die verschiedenen Angebote für besonders schutzbedürftige Personen, Gesundheit und medizinische Versorgung sowie die Schul- und Bildungsangebote für Flüchtlinge.

Weiterhin gab es detaillierte Informationen über die aktuellen Belegungszahlen an den Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen, die gesetzlichen Regelungen zur Unterbringung sowie zur Entwicklung der Asylantragszahlen und Zuweisungen im Rhein-Neckar-Kreis.

Kreisrat John Ehret dankte für die Kreistagsfraktion der Freien Wähler den Mitarbeitern des zuständigen Referates von Herrn Becker im Landratsamt für deren gute Arbeit.



Gemeinsam waren sich alle Fraktionen einig, dass zum einen die herausragende Arbeit von Ehrenamtlichen ein großes Lob bedarf und die von der Verwaltung geforderten insgesamt 31 Stellen als Mehrbedarf gerechtfertigt und sinnvoll sind.

Auch die Freien Wähler stimmten den überplanmäßigen Ausgaben zu.

John Ehret wies auf die besondere Problematik hin, dass man an den Grenzen angekommen, qualifizierte Sozialarbeiter zu finden, was die Verwaltung bestätigte.

John Ehret schlug deshalb im Namen der Freien Wähler vor, einfache Beratungstätigkeiten, wie etwa die Informationen zu den Gemeinschaftsunterkünften oder den wichtigsten Einrichtungen von Polizei bis hin zu den Krankenhäusern, von speziell geschultem Personal vornehmen zu lassen und damit die Sozialarbeiter zu entlasten.

Bericht der Heimaufsichtsbehörde

Die Heimaufsicht hat die Aufgabe, die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben für die 85 Heime im RNK zu überwachen und Missstände rechtzeitig aufzudecken.

Kreisrätin Christa Ohligmacher dankte für die Freien Wähler für den Tätigkeitsbericht, der einen Überblick über die Qualität der 85 stationären Einrichtungen mit über 6.000 Plätzen gibt.

Neu ist seit dem Inkrafttreten des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz die Heimaufsicht über ambulant betreute Wohngemeinschaften mit inzwischen 388 Plätzen. Während die jährliche grundsätzlich unangekündigte Überprüfung der stationären Einrichtungen geleistet werden konnte, war dies bei den ambulant betreuten Wohngemeinschaften nicht der Fall. Daher wird 2016 zusätzliches Personal erforderlich sein.

Sorgen bereitet den Heimen die Einzelzimmerquote. Die Heimbauverordnung schreibt bis Ablauf der Übergangsfrist am 31. August 2019 eine Zimmerbelegung mit nur noch einer Person vor. Die Einzelzimmerquote ist mit jetzt 61,5 % erfreulicherweise weiter gestiegen. Die Umsetzung der Einzelzimmerquote ist jedoch für einzelne Einrichtungen schwierig zu erfüllen, erst 19 Heimträger weisen die 100

%-Quote auf. Meist sind es neue Einrichtungen, die entsprechen geplant sind. Es ist zu hoffen, dass in allen Einrichtungen die 100 %-Quote erfüllt werden kann.

Die Bewohnerstruktur hat sich wenig verändert: Über 71 % der Bewohner sind 80 Jahre oder älter, der Anteil der Bewohner mit der Pflegestufe II oder III beträgt jetzt 60 %. Dies bedeutet eine große Belastung für das Pflegepersonal. Neu ist die Notwendigkeit einer kultursensiblen Pflege für Personen mit Migrationshintergrund. Dies erfordert eine besondere Schulung des Personals.

Neu ist für die Freien Wähler, dass die Heimprüfungen nicht nur von einer Pflegefachkraft und Verwaltungsfachkraft durchgeführt werden, sondern die untere Gesundheitsbehörde beteiligt sein sollte.

Die Prüfungen der Pflege- und Betreuungsqualität erfolgen mit jährlich wechselnden Schwerpunkten, daher können die Ergebnisse nicht mit den Vorjahresergebnissen verglichen werden. Es ist aber damit gewährleistet, dass alle Bereiche in gewissen Zeitanständen intensiver überwacht werden. Die Freien Wähler denken, die Bewohnerzufriedenheit wird die Heimaufsicht weiter beobachten. Der Umgang mit Freiheitseinschränkenden Maßnahmen war schon im letzten Jahr ein Schwerpunkt des Berichts.



Es ist erfreulich, dass nach einer zusätzlichen Mängelnachschau keine weiteren Zwangsmaßnahmen oder Untersagungsverfahren notwendig wurden. In dem einen erwähnten Fall wurde der Betrieb aufgegeben. Die Personalausstattung und die Fachkraftquote sind konstant geblieben. Bei der Einhaltung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Heimbewohner gab es kaum Beanstandungen.

Positiv bewerten die Freien Wähler, dass die Heimaufsicht ihrem Informations- und Beratungsauftrag in großem Umfang nachkommt. Damit erhalten Planer sowie Angehörige und Betreuer wichtige Auskünfte und Informationen.

Christa Ohligmacher dankte für die Freien Wähler der Heimaufsicht für die umfangreiche geleistete Arbeit für die immer klaren und deutlichen Berichte sowie die engagierte Arbeit.

Hilfe zur Pflege

Kreisrätin Christa Ohligmacher dankte für den informativen Bericht des KVJS mit den Kennzahlen aus Baden-Württemberg. Die Zahlen ermöglichen den Kreisen eine

erste Standortbestimmung über die demographische Entwicklung und die soziale Infrastruktur.

Die Hilfe zur Pflege wird für ambulante, teilstationäre oder stationäre Leistungen erbracht.



Wichtig ist der Überblick über die Leistungsempfänger und die Nettoaufwendungen. Drei Viertel der Leistungsempfänger erhalten Hilfe zur Pflege in vollstationären Einrichtungen. 83 % der Aufwendungen mussten für die vollstationäre Pflege aufgewendet werden. Alle Leistungen sind in Baden-Württemberg im Vergleich zu 2012 deutlich angestiegen.

Die steigende Zahl der Leistungsempfänger hängt stark mit der Alterung der Gesellschaft zusammen. Die Zahl der Menschen über 65 Jahren und besonders die Zahl der Hochbetagten über 80 Jahren steigt deutlich an. Mit zunehmendem Alter steigt die Pflegebedürftigkeit an.

Außerdem steigen die Heimentgelte bedingt durch Einzelzimmerquote, verbesserter Personalschlüssel

schneller als die Leistungen der Pflegeversicherung.

Ein gutes Angebot an ambulanten Hilfen für Menschen mit hohem Betreuungsbedarf kann die Schwelle zur vollstationären Pflegebedürftigkeit herauszögern und verkürzen. Dies entspricht dem Ziel: ambulant vor stationär.

Aus der Bevölkerungsentwicklung lässt sich daher ableiten, dass sich der Anstieg der Pflegebedürftigen und damit der Aufwendungen in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Diese dynamische Steigerung lässt sich leider nicht steuern.

Immer noch werden zwei Drittel der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt.

Christa Ohligmacher stimmte für die Freien Wähler dem Fazit zu:

Das strategische Ziel des Kreises sollte eine Verbesserung der ambulanten Angebote sein wie ambulante Pflegedienste, Kurzzeitpflege sowie Tagespflege. Die Pflegestützpunkte sind daher wichtige Beratungsstellen für die Angehörigen. Trotzdem werden auf den Kreis und die Kommunen in Zukunft große finanzielle Lasten zukommen.

Bildungs- und Teilhabepaket in den Jahren 2013 und 2014

Die Freien Wähler denken, der Ansatz dieser Leistung zur Verbesserung der Chancengleichheit benachteiligter Kinder und Jugendlicher ist richtig.

Mit den aufgeführten Leistungen wie Kostenübernahme von Schulausflügen, persönlicher Schulbedarf, Schülerbeförderung, Lernförderung und Zuschuss zum Mittagessen kann die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben gesteigert werden.



Leider war das Programm zunächst zu wenig bekannt und die Quoten der Inanspruchnahme der Leistungen waren 2011 und 2012 sehr niedrig. Es war daher eine intensivere Information notwendig. Dem ist die Verwaltung mit verschiedenen Maßnahmen und Aktionen nachgekommen.

In den letzten zwei Jahren konnte die Inanspruchnahme sehr deutlich gesteigert werden. Die Gesamtausgaben betragen 1,658 Mio €.

Zu der Höhe der Verwaltungskosten teilt der Sozialdezernent Herr Schulz auf Nachfrage von **Kreisrätin Christa Ohligmacher** mit, dass diese leider sehr hoch seien.

Wichtig ist den Freien Wählern aber, dass von den eingesetzten Mitteln möglichst viel bei den Betroffenen ankommt und die Verwaltungskosten möglichst gering sind.

Evaluation des Projekts „Energiesparen in einkommensschwachen Haushalten“

Das Modellprojekt „Energiesparen in einkommensschwachen Haushalten“ hatte verschiedene Ziele:

- Kostentlastung der betroffenen Haushalte
- Co2-Einsparung aus Gründen des Klimaschutzes
- Kostentlastung der Kommunen, die die Wohnnebenkosten bei ALG II- und Sozialhilfeempfängern zu tragen haben

Es waren eine aufsuchende kostenlose Beratung in 50 Modellhaushalten geplant und Soforthilfen mit Einbau von Energiesparmitteln in Höhe von 100 €/Haushalt.

Die Freien Wähler waren vor der Einführung skeptisch, ob sich die 50 einkommensschwachen Haushalte freiwilligen melden werden. Es war in der Tat ein gehöriger Aufwand erforderlich, um aus 1338 angeschriebenen Haushalten die

notwendigen 50 Haushalte zu gewinnen. Diese Haushalte hatten schon bisher einen überwiegend sparsamen Energieverbrauch und die Ausstattung der Wohnungen war relativ gut. Fazit: Der Aufwand war sehr hoch und der Erfolg nicht so groß wie erwartet.

Trotzdem konnten durchschnittlich pro Jahr und Haushalt 246 kg CO₂ und 106 € eingespart werden. Bei einer langfristigen Betrachtung, d.h. der Lebensdauer der installierten Soforthilfen ergeben sich 3.629 kg CO₂-Einsparung und Entlastung der Haushalte von 653 € und der Kommunen von 369 €. Bei allen 44 Haushalten ergibt sich eine Kosteneinsparung von ca. 45.000 €.

Von den Gesamtkosten des Projekts sind nach Abzug des Landeszuschusses die restlichen 28.500 € durch Klimaschutzmittel des RNK gedeckt. Insgesamt ist dieses Projekt ein Beitrag zur Erreichung der gesetzten Klimaschutzziele.

Die Freien Wähler begrüßten daher die Weiterführung des Projektes in geänderter Form: mit Teilnahme am Bundesprojekt Stromspar-Check des ead und der Caritas, die fachlich unterstützt wird durch die Klimaagentur. Die Kosten der Soforthilfen übernimmt das Bundesprojekt. Die Langzeitarbeitslosen werden durch die Beschäftigungsförderung qualifiziert und mit einem 75 % Zuschuss als Stromsparhelfer beim Wohlfahrtsverband angestellt. Die restlichen Lohnkosten von 25 % sind durch Klimaschutzmittel des RNK finanziert. Die 8 Stromsparhelfer sind bereits eingestellt. Das Projekt ist bis zum 31. Dezember 2015 geplant. Danach erfolgt eine erneute Evaluation.

Weitere Informationen.....

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>

Aus den Ortsvereinen: Freie Wähler Ilvesheim ein „Leuchtturm der Bürgerbeteiligung“!

97 Projekte wetteiferten in Kategorien beim Wettbewerb des Staatsanzeigers Baden-Württemberg um die Auszeichnung „Leuchtturm der Bürgerbeteiligung“. Und die Freien Wähler haben am Wettbewerb teilgenommen, da uns die



Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse schon immer ein wichtiges Anliegen war.

Der Wettbewerb stand unter der Schirmherrschaft von Gisela Erler, die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Partner des Staatsanzeigers waren der Gemeindegtag, der Landkreistag und der Städtetag.

Bis Ende Februar 2015 berichtete der Staatsanzeiger in 97 Reportagen über alle Projekte. Bis zum 15. April hatten die Leser und alle Interessierten über die Projekte abgestimmt. Die endgültige Entscheidung darüber, wer die Preise gewinnt, traf eine Bürgerjury am 8. Mai, wobei das Ergebnis der Online-Abstimmung Berücksichtigung fand. Im Rahmen eines Festakts am 25. Juni im Neuen Schloss in Stuttgart wurden nun die Preise vergeben.

Und die Freien Wähler Ilvesheim belegten in der Kategorie „Parteien, Verbände, Wählervereinigungen“ mit ihrem Beitrag „Nicht bloß meckern: Ortspolitik geht in Ilvesheim alle an“ den ersten Platz!

Die Vorsitzende der Freien Wähler Ilvesheim Henrike Zeilfelder, Vorstandsmitglied Annika Lerch und Fraktionsvorsitzender Peter Riemensperger nahmen beim Festakt im Marmorsaal des Neuen Schlosses in der Landeshauptstadt Stuttgart die Auszeichnung „Leuchtturm der Bürgerbeteiligung“ entgegen.



Der Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg Roger Kehle lobte in seiner Laudatio insbesondere, dass für die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger nicht immer ein großer Etat erforderlich sei. Die Veranstaltungen der Freien Wähler Ilvesheim wie der Wandertag, die Schnitzeljagd für Jugendliche „rund um die Insel“, das Hocketse, „Lust auf Ortspolitik?“ oder auch die öffentlichen Fraktionssitzungen seien der deutliche Beleg hierfür.

Die Auszeichnung der Freien Wähler ist mit einem Preisgeld von 4.000 € verbunden. Die prämierten Projekte werden außerdem durch die Führungsakademie des Landes und die Allianz für Beteiligung unterstützt und beraten, um den Aspekt der Bürgerbeteiligung dauerhaft und nachhaltig in der Kommunalpolitik zu verfestigen.

Der Projektbeitrag der Freien Wähler findet sich online auf den Seiten des Staatsanzeigers hier: www.staatsanzeiger.de/politik-und-verwaltung/buergerbeteiligung/archiv-artikelansicht/zeitungsarchiv/-655c298716/